



### Tafelbrief Nr.30

Liebe Freunde der Amberger Tafel,

**Sozialverbände fordern Kindergrundsicherung Gewerkschaften und Sozialverbände fordern von der Politik einen stärkeren Kampf gegen Kinderarmut. Die nächste Bundesregierung müsse eine Kindergrundsicherung einführen. Das derzeitige System der Familienförderung sei zu bürokratisch.**

Eine Allianz aus 22 Sozialverbänden und Gewerkschaften fordert die Einführung einer Kindergrundsicherung. In der nächsten Wahlperiode müssten alle Parteien dem Kampf gegen Kinderarmut höchste Priorität einräumen, heißt es in einem gemeinsamen Appell. Zugleich verweisen die Unterzeichner - darunter DGB, VdK, Diakonie und die Arbeiterwohlfahrt - auf eine neue Umfrage in ihrem Auftrag. Demnach halten es 94 Prozent der Bevölkerung für wichtig, Kinderarmut schnell zu beseitigen.

"Die Kindergrundsicherung gehört in den nächsten Koalitionsvertrag", heißt es in der Erklärung. Dabei gehe es darum, die bestehenden staatlichen Leistungen für Kinder zusammenzufassen, automatisch auszuzahlen und für Eltern eine gemeinsame Anlaufstelle dafür zu schaffen. Als Basis für die geforderte Kindergrundsicherung müsse das Existenzminimum für alle Kinder "neu und realistisch" berechnet werden. Notwendig sei eine Leistungshöhe, die deutlich über den Hartz-IV-Sätzen für Kinder und Jugendliche liegt. "Die vielen familienbezogenen Leistungen erreichen ihr Ziel, Armut von Kindern zu vermeiden, nicht.

### **Bürokratisch und ungerecht**

Aktuell leben den Angaben nach 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche von staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung, davon 1,6 Millionen, obwohl ihre Eltern erwerbstätig sind. Eine Kindergrundsicherung wäre ein erster wichtiger Schritt, denn die bestehenden Leistungen kämen bei den Kindern oftmals nicht an, erklärte der Sozialverband Deutschland. Für den Sozialverband VdK sagte Präsidentin Verena Bentele: "Das bestehende System der Familienförderung ist viel zu bürokratisch und gleicht einem Behörden-Dschungel." Außerdem bevorzuge es Gutverdienende und berücksichtige die Bedürfnisse von Familien mit Kindern mit Behinderungen zu wenig.

"Die Kindergrundsicherung ist einfach und unbürokratisch", erläuterte Maria Loheide, Vorstandin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: "Alle Kinder bekommen den gleichen Mindestbetrag.

Kinder, die in Armut leben, erhalten unmittelbar dazu, was sie für eine umfassende soziale Teilhabe brauchen." SPD, Grüne und Linke sprechen sich für ein solches Modell aus.

## **Dreiviertel wollen Grundsicherung**

Auch in der Bevölkerung finde die Idee einer Kindergrundsicherung große Zustimmung. Das geht aus einer Umfrage hervor, so das Bündnis: 76 Prozent der Wahlberechtigten seien dafür, eine solche Leistung einzuführen. Selbst unter den Anhängern von CDU/CSU und FDP, die keine Kindergrundsicherung im Wahlprogramm haben, spreche sich jeweils eine deutliche Mehrheit von ebenfalls 76 Prozent beziehungsweise 67 Prozent für eine Kindergrundsicherung aus.

## **Sanktionen**

Von den Befragten, die selbst Kinder haben und die die Kosten gut einschätzen können, halte eine knappe Mehrheit (56 Prozent) den monatlichen Hartz-IV- Betrag von 309 Euro für ein zehnjähriges Kind für zu niedrig. Nur sehr wenige Befragte mit Kindern sind den Angaben zufolge der Ansicht, dass der Betrag zu hoch sei (vier Prozent). 37 Prozent bewerten die Höhe der Zahlung als angemessen. Das Forschungsinstitut Forsa befragte den Angaben nach 1018 Wahlberechtigte.

Wegen der Pandemie schraubt das Jobcenter die Sanktionen deutlich runter: Über 95 Prozent der Hartz-IV-Empfänger bleiben verschont.

Hartz-IV-Empfänger sind im vergangenen Jahr weniger häufig bestraft worden: Das teilt die **Bundesagentur für Arbeit** in ihrer Jahresstatistik in Nürnberg mit. Demnach mussten die Jobcenter im Jahr 2020 rund 171.100 Sanktionen – das sind meistens Kürzungen der Leistungen – gegen Arbeitslose aussprechen.

Damit waren es rund 635.700 weniger Sanktionen als noch im Vorjahr. Grund dafür ist die anhaltende **Corona-Pandemie**. Laut Arbeitsagentur wird ein Großteil der Sanktionen deswegen ausgesprochen, weil Hartz-IV-Empfänger vereinbarte Termine beim Jobcenter nicht einhalten. Da wegen der geltenden Kontaktbeschränkungen diese Termine ohnehin nicht stattfanden oder bestenfalls durch Telefonkontakte ersetzt wurden, entfielen auch die meisten Sanktionen.

## **Trotz Bundesverfassungsurteil: Fast einhunderttausend Kinder im Hartz IV-Bezug von Sanktionen betroffen**

Im Jahr 2020 lebten 94.991 Kinder in Haushalten im Hartz IV-Bezug, in denen mindestens eine Sanktion verhängt wurde.

Kinder in Armut haben es ohnehin schwer. Sanktionen bedeuten eine zusätzliche Bürde beim Aufwachsen. Indem die Bundesregierung mehr als anderthalb Jahre nach dem Sanktionsurteil des Bundesverfassungsgerichts nach wie vor auch Kinder sanktioniert, verstößt sie sich an denen, die sich am wenigsten wehren können. Die Sanktionen genannten Leistungskürzungen im Sozialrecht bedeuten für Betroffene, dass der ohnehin zu knapp bemessene Regelbedarf weiter gekürzt wird.

Als Teil der Bedarfsgemeinschaft sind Kinder bei Sanktionen immer mitbetroffen. Denn für die betroffenen Haushalte bedeuten Sanktionen empirisch nachgewiesene Verschuldung, mangelhafte Ernährung und verspätete Mietzahlungen. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 05.11.2019 daher einen Teil der Sanktionsregelungen für nicht vereinbar mit der Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot erklärt. Es hatte darüber hinaus erklärt, dass Sanktionen besonders strengen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit genügen müssten. Betroffenen müsse zudem „möglich sein, die Minderung existenzsichernder Leistungen durch eigenes Verhalten abzuwenden“ Das ist bei Kindern, die in einer Bedarfsgemeinschaft mitbetroffen sind, selbsterklärend nicht der Fall.

Zwar ist mit der Zahl der verhängenen Sanktionen nach dem Sanktionsurteil des Bundesverfassungsgerichts auch die Zahl der betroffenen Kinder zurückgegangen. Es handelt sich aber bei der Zahl von fast hunderttausend betroffenen Kindern mitnichten um Einzelfälle. Jede Sanktion ist eine zu viel, die Menschenwürde kürzt man nicht.

## ***Hartz IV 2022***

Der Satz der Grundsicherung für Partnerinnen, Partner und Ehegatten soll um **3** auf 404 Euro steigen.

Für Kinder zwischen 14 und 17 Jahren soll es 376 Euro geben, ebenfalls drei Euro mehr als bisher. Um jeweils zwei Euro soll der Satz für sechs- bis 13-Jährige auf 311 Euro und für Null- bis Fünfjährige auf 285 Euro steigen.

Für 18- bis 24-Jährige im Elternhaus und Volljährige in Einrichtungen steigt der Satz den Plänen zufolge von 357 auf 360 Euro.

Die geplante Erhöhung folgt vom Gesetzgeber vorgegebenen Größen, wobei die Entwicklung von als maßgeblich bestimmter Preise zu 70 Prozent und die Lohnentwicklung zu 30 Prozent in die Berechnung einfließen.

## ***Tafel Amberg: Aktuelles***

Wegen den Einschränkungen durch Corona fand die Mitgliederversammlung mit Neuwahlen erst im Juli statt.

Der Vorstand wurde einstimmig wieder für die nächsten beiden Jahre gewählt.



Irggard Buschhausen (2.Vorsitzende), Günter Preißl (Schatzmeister),  
Bernhard Saurenbach (1.Vorsitzender), James Burke (Beisitzer),  
Stefanie Schinabeck (Schriftführerin)

Die Aktion „Ein Lebensmittel mehr im Einkaufswagen“ in den Wochen vor Ostern musste wieder ausfallen.

>Alternativ organisierte die Walter-Höllerer-Realschule eine interne Aktion, bei der 22 Kisten Lebensmittel gesammelt wurden.

>Seit über sechs Jahren spenden Frau Nilofer Martin und ihr Sohn Dr. Salim Martin im Ramadan Lebensmittel in Höhe von 1.000 Euro.

>Auch Klaus Conrad spendete lang haltbare Lebensmittel in Höhe von 10.000 Euro.

>Werkvolk spendete aus dem Jahresgewinn 5.000 Euro.





> Round Table spendete € 2000,- für einen Familienausflug in den Freizeitpark Geiselwind.



Alle Teilnehmer verbrachten am 1. September einen fröhlichen Tag bei Sommerwetter.



Am 29. Juli 2021 fand das traditionelle Essen für 85 Helfer und Helferinnen der Tafel statt. Dieser Anlass wurde auch zur jährlichen Hygieneunterweisung genutzt.

Ihnen, liebe Leser unseres Tafelbriefes, wünsche ich alles Gute und bedanke mich für Ihre Unterstützung.

Ihr Bernhard Saurenbach, 1. Vorsitzender